

Bebauungsplan „Solarpark Auf'm Mühlenberg (Teil 2)“ in der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen, Ortsgemeinde Sien

Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a Abs. 1 BauGB

Dem Bebauungsplan ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

1. Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange

Zum Bebauungsplan wurde gemäß § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht gemäß § 2a BauGB beschrieben und bewertet wurden. Gegenstand der Umweltprüfung waren die in § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB genannten Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft und Klima sowie Mensch, Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter einschließlich der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern. Mit dem integrierten grünordnerischen Fachbeitrag wurden zudem die landschaftspflegerischen Belange, die Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und Kompensation von Eingriffen sowie die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG geprüft.

Wesentliche Grundlagen der Planung waren die Erkenntnisse des Umweltberichts, die Ergebnisse der faunistischen und vegetationskundlichen Erhebungen sowie die fachgesetzlichen und fachplanerischen Vorgaben. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden frühzeitig zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert.

Die LEG Solarprojekt Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG beabsichtigt die Errichtung einer kombinierten Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage und Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in der Ortsgemeinde Sien. Das Plangebiet befindet sich nordwestlich des Siedlungskörpers von Sien auf landwirtschaftlich genutzten Grünlandflächen und umfasst den zweiten, nördlichen Planungsabschnitt des Gesamtvorhabens mit einer Größe von ca. 11,6 ha. Hiervon sollen ca. 7,6 ha als Agri-PV und ca. 3,1 ha als konventionelle Freiflächen-Photovoltaik-Anlage genutzt werden. Der ca. 0,9 ha große Gewässerrandstreifen des Mühlenbachs bleibt von einer Belegung freigehalten. Für den südlich angrenzenden, ca. 5,6 ha großen Teilbereich wurden bereits 2024 mit dem Bebauungsplan „Auf'm Mühlenberg“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

Der nördliche Teil des ursprünglichen Gesamtprojekts liegt in einem Vorranggebiet Landwirtschaft. Deshalb wurde für diesen Bereich ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt, das mit Bescheid der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord vom 16.01.2025 positiv abgeschlossen wurde. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Grundzüge des regionalen Raumordnungsplans nicht berührt werden und die Fläche während des Betriebszeitraums durch die überwiegende Nutzung als Agri-PV weiterhin einer extensiven landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung steht.

Die Umweltprüfung kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass der zweite Planungsabschnitt unter Berücksichtigung der vorgesehenen Festsetzungen und Maßnahmen nicht zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen führt, die der Planung

entgegenstehen. Schutzgebiete nach BNatSchG oder WHG/LWG werden nicht berührt. Die Fläche ist floristisch verarmt und weist keine Voraussetzungen für eine magere Flachlandmähwiese auf. Aufgrund der bisherigen intensiven Weidenutzung, der Vorbelastung durch Düngung sowie der geringen tatsächlichen Versiegelung kann der Eingriff bilanziell innerhalb des Plangebiets vollständig ausgeglichen werden. Externe Kompensationsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Der Mühlenbach und sein Umfeld wurden in der Planung besonders berücksichtigt. Der beidseitig 10 m breite Schutzstreifen entlang des Gewässers wird von Bebauung freigehalten und als Gewässersaum entwickelt. Die textlichen Festsetzungen und Hinweise berücksichtigen zudem die wasserrechtlichen Anforderungen, die Starkregenvorsorge, den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, die Anforderungen an Niederschlagswasser sowie die Hinweise der Unteren Wasserbehörde zu privaten Wasserefassungen und zu PFAS-beschichteten Modulen.

Auch die artenschutzrechtlichen Belange wurden berücksichtigt. Im Bereich des zweiten Planungsabschnitts wurde lediglich ein Brutpaar der Bachstelze festgestellt; ein Brutnachweis der Feldlerche innerhalb der Planfläche konnte auch in den ergänzenden Erhebungen 2024 und 2025 nicht erbracht werden. Die Fläche dient verschiedenen Vogelarten, darunter Rot- und Schwarzmilan, vor allem als Nahrungshabitat. Durch die Gestaltung der Agri-PV-Teilflächen, insbesondere die größeren Reihenabstände und die Einhaltung der Anforderungen der DIN SPEC 91434, bleibt eine weitere Nutzung als Nahrungshabitat möglich. Auch Quartiere von Fledermäusen sind nicht betroffen; randliche Gehölzstrukturen bleiben erhalten.

Zur Berücksichtigung der Belange des Bodendenkmalschutzes wurde eine bedingte Zulässigkeit gemäß § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt. Danach ist eine Bebauung erst nach Abschluss der bodendenkmalpflegerischen Sachverhaltsermittlungen und nach Freigabe durch die GDKE – Landesarchäologie Trier zulässig. Ebenfalls wurde festgesetzt, dass die Errichtung und Inbetriebnahme der Agri-PV-Anlagen in den Sondergebieten SOAgri-PV 1 bis 3 erst zulässig ist, wenn ein landwirtschaftliches Nutzungskonzept gemäß DIN SPEC 91434 für den gesamten Agri-PV-Teilbereich vorliegt. Die zulässigen Nutzungen bestehen nur für die Dauer des Anlagenbetriebs. Nach Betriebsende ist die Anlage innerhalb eines Jahres vollständig zurückzubauen. Als Folgenutzung ist Landwirtschaft festgesetzt.

2. Art und Weise der Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden fand in der Zeit vom 11.04.2023 bis 05.05.2023 statt. Parallel hierzu wurde die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB frühzeitig beteiligt. Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit gingen nicht ein. Die eingegangenen Hinweise wurden ausgewertet und in die weitere Ausarbeitung des Bebauungsplans, des Umweltberichts sowie der textlichen Festsetzungen und Hinweise eingestellt.

Die förmliche Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB fand in der Zeit vom 17.11.2025 bis 19.12.2025 statt. Parallel hierzu fand die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB statt. Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit gingen auch im Rahmen der förmlichen Beteiligung nicht ein.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Beteiligung der berührten Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit zusammenfassend dargestellt.

Behörden, sonstige Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden und die Öffentlichkeit	Frühzeitige Beteiligung gem. § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1, § 2 Abs. 2 BauGB	Förmliche Beteiligung gem. § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2, § 2 Abs. 2 BauGB
Kreisverwaltung Birkenfeld - Landesplanung	<ul style="list-style-type: none"> Hinweis auf Zielkonflikt mit den Festlegungen des Regionalen Raumordnungsplans (RROP) aufgrund der Betroffenheit eines Vorranggebiets Landwirtschaft <p>Berücksichtigung: Für den ca. 11,6 ha großen Teilbereich innerhalb des Vorranggebietes Landwirtschaft wurde ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt und mit Bescheid vom 16.01.2025 positiv beschieden. Das Bebauungsplanverfahren wurde fortgeführt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Keine Stellungnahme
Kreisverwaltung Birkenfeld – Untere Landesplanungsbehörde	<ul style="list-style-type: none"> Keine Stellungnahme 	<ul style="list-style-type: none"> Hinweise zur Beachtung der Ziele, Grundsätze und Erfordernisse der Raumordnung, zur Berücksichtigung der in Aufstellung befindlichen 3. Teilfortschreibung des RROP, zu Belangen der Landesarchäologie, zu Kumulationswirkungen mit benachbarten Projekten, zu Starkregen- und Sturzflutgefahren, zum Zielabweichungsbescheid, zu agrarstrukturellen Belangen, zu Wald, Leitungen, Bach und Blendwirkungen. <p>Berücksichtigung: Die Hinweise wurden geprüft. Der Zielabweichungsbescheid wurde berücksichtigt, die bodendenkmalflegerischen Belange durch bedingte Zulässigkeit abgesichert, Kumulationswirkungen im Umweltbericht untersucht sowie die wasser-, forst-, leitungs- und verkehrsbezogenen Belange in den Planunterlagen berücksichtigt.</p>

Kreisverwaltung Birkenfeld – Untere Wasserbehörde, Abfallbehörde, Bodenschutzbehörde	<ul style="list-style-type: none"> Keine Stellungnahme 	<ul style="list-style-type: none"> Hinweise zur Niederschlagswasserbeseitigung, zum Mühlenbach als Gewässer III. Ordnung, zu Sturzflutgefahren, zu Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen sowie zu zwei privaten Wasserfassungen und der Empfehlung, im Umkreis von 100 m bei Trinkwassernutzung keine PFAS-beschichteten Solarmodule einzusetzen. <p>Berücksichtigung: Die ergänzenden Hinweise wurden in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</p>
Deutsche Telekom Technik GmbH	<ul style="list-style-type: none"> Keine grundsätzlichen Bedenken; Hinweise auf Telekommunikationsleitungen unmittelbar neben dem Plangebiet, auf den ungehinderten Betrieb, Unterhaltung, Änderung und Errichtung sowie auf einzuhaltende Mindestabstände <p>Berücksichtigung: Die Hinweise wurden in den Textteil aufgenommen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Wiederholung der bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Hinweise. <p>Berücksichtigung: Die Hinweise und Auflagen waren bereits als Hinweise im Textteil des Bebauungsplanes enthalten.</p>
Dienstleistungszentrum ländl. Raum (DLR) Rheinessen-Nahe- Hunsrück	<ul style="list-style-type: none"> Keine grundsätzlichen Bedenken Hinweise auf einzuhaltende Mindestabstände für Einfriedigungen <p>Berücksichtigung: Der Hinweis wurde in den Textteil aufgenommen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Keine grundsätzlichen Bedenken; Hinweis auf den Landesleitfaden zur FFPV-Nutzung und die dort genannte 2 %-Begrenzung für Ackerflächen, bezogen auf die ursprüngliche Gesamtgröße von 17,1 ha. <p>Berücksichtigung: Der betroffene Eigentümer und Bewirtschafter stellt die Fläche selbst zur Verfügung; eine negative Beeinträchtigung der örtlichen Landwirtschaft wird nicht erwartet.</p>
Forstamt Bad Sobernheim	<ul style="list-style-type: none"> Hinweis auf angrenzenden Privatwald im Nordosten Keine negativen Auswirkungen auf den Wald zu erwarten, aber Gefahr von Schäden an der PV-Anlage Hinweis auf ggf. Entstehung einer erhöhten Verkehrs- 	<ul style="list-style-type: none"> Verweis auf die Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung; bei Einhaltung des ca. 30 m-Abstandes bestehen keine forstfachlichen Bedenken. <p>Berücksichtigung: Die Festsetzungen sehen vor, dass</p>

	<p>sicherungspflicht</p> <ul style="list-style-type: none"> • Empfehlung zur Einhaltung des Schutzabstandes <p>Berücksichtigung: Dem Hinweis wurde gefolgt. Zwischen nordöstlich angrenzendem Wald und Baugrenze wird ein Abstand von 30 m eingehalten. Die Baugrenze wurde entsprechend zurückgezogen.</p>	<p>auch Zäune innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zu errichten sind; der Abstand wird eingehalten.</p>
<p>Generaldirektion Kulturelles Erbe - Direktion Landesdenkmalpflege/ Geschäftsstelle Praktische Denkmalpflege</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Stellungnahme 	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis, dass im Plangebiet denkmalgeschützte Kleindenkmäler und Grenzzeichen vorkommen können, welche gemäß §§ 3–5 DSchG RLP grundsätzlich in situ zu belassen seien; Hinweise zum Vorgehen bei Befunden <p>Berücksichtigung: Die denkmalschutzrechtlichen Hinweise wurden in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</p>
<p>Generaldirektion kulturelles Erbe - Direktion Landesarchäologie</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf mehrere archäologischen Funde und Befunde aus der römischen Kaiserzeit im Plangebiet und seiner Umgebung – Plangebiet als archäologische Verdachtsfläche eingestuft • Hinweis auf erforderliche Untersuchungen vor Bodeneingriffen sowie Klärung von Kosten- und Genehmigungsfragen <p>Berücksichtigung: Die Hinweise und Auflagen wurden als nachrichtliche Übernahmen in den Bebauungsplan aufgenommen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf mehrere archäologische Funde und Befunde, die sich in das Plangebiet erstrecken können; zunächst Ablehnung des Vorhabens aufgrund der Verdachtslage; Forderung einer initialen archäologischen Sachverhaltsermittlung mittels Magnetometer-Prospektion, ggf. ergänzender Baggersondagen; später Rücknahme des Einspruchs und Zustimmung unter Auflagen. <p>Berücksichtigung: Im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes war bereits eine Nachrichtliche Übernahme enthalten, welche angepasst wurde. Zudem ist für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes eine bedingte Zulässigkeit gem. § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt, wonach eine Bebauung erst nach Abschluss der bodendenkmalpflegerischen Sachverhaltsermittlungen und Freigabe durch die GDKE - Landesarchäologie Trier zulässig ist. Darüber hinaus wurden die ergänzenden Hinweise in den</p>

		Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.
Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> Keine bergbaulichen Bedenken; Hinweise auf empfindliche Bodenverhältnisse, Empfehlung einer gutachterlichen Begleitung der Maßnahmen sowie Hinweis auf Pflichten nach dem Geologiedatengesetz und einzuhaltende Regelwerke. <p>Berücksichtigung: Ein entsprechender Hinweis zum Bodenschutz wurde in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Keine bergbaulichen Bedenken Verweis auf die bundesweite LABO-Arbeitshilfe und Empfehlung die dortigen Anforderungen zu beachten Hinweis auf Geologiedatengesetz <p>Berücksichtigung: Der ergänzende Hinweis wurde in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</p>
Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> Anmerkung, dass die Anlegung und Änderung einer Zufahrt im Zuge der freien Strecke der Landesstraße eine Sondernutzung im Sinne des § 43 Abs. 1 des LStrG darstelle und einer Erlaubnis der Straßenbaubehörde bedürfte - Diese gebührenpflichtige Erlaubnis sei entsprechend zu beantragen Hinweis, dass bauliche Anlagen wie Photovoltaikanlagen, die über eine Zufahrt an einer Bundesstraße im freien Streckenverlauf angebunden werden sollen, grundsätzlich dem Bauverbot des § 9 Abs. 1 Nr. 2 FStrG unterliegen, sodass eine Ausnahmegenehmigung nach § 9 Abs. 8 FStrG notwendig sei - Für diese Entscheidung verlangte der LBM zusätzliche Detailunterlagen <p>Berücksichtigung: Die geforderten Unterlagen, insbesondere Schleppkurven- und Sichtfelduntersuchung, wurden nachgereicht; die Ergebnisse wurden in die Planunterlagen integriert. Die Hinweise und Auflagen wurden in den Textteil übernommen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Hinweise auf Anforderungen an die Bauphase sowie auf Anforderungen Hinweis, dass für die Nutzung der Zufahrt ist eine Sondernutzungserlaubnis nach FStrG rechtzeitig vor Baubeginn beim LBM zu beantragen sei Hinweis auf erforderliche Abstimmung mit der Straßenmeisterei Hinweise zu Kabel- und Leitungsverlegungen, zur Entwässerung und Oberflächenwasser, zur Kostenregelung und zur Blendwirkung <p>Berücksichtigung: Die ergänzenden Hinweise und Auflagen wurden in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</p>
Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> Hinweis auf Lage innerhalb eines Vorranggebietes Landwirtschaft, was einen Zielkonflikt darstelle Anmerkung, dass der Ausbau der Freiflächen-PV-Anlagen 	<ul style="list-style-type: none"> Hinweis auf Raumordnerische Vorgaben (RROP Rheinhessen-Nahe, Ziel 83) Verweis auf DIN SPEC 91434, aktuell kein Nutzungskonzept

	<p>flächenschonend zu erfolgen habe und dass alle Flächenalternativen wie Konversionsflächen oder Dachflächenpotenziale zu prüfen seien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hinweis, dass die bestehenden PV-Planungen innerhalb der VG zu berücksichtigen seien • Verweis auf DIN SPEC 91434, die aktuell nicht berücksichtigt wurde, sowie Hinweis auf sinnvollere Ost-West-Ausrichtung der Module <p>Berücksichtigung: Dem Hinweis wurde gefolgt. Der ursprüngliche Geltungsbereich von ca. 17,1 ha wurde in zwei Teilbereiche aufgeteilt. Für den ca. 5,6 ha großen Teilbereich außerhalb des Vorranggebietes für Landwirtschaft wurde das Verfahren vorgezogen fortgeführt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wurde entsprechend reduziert. Für den ca. 11,6 ha großen Teilbereich innerhalb des Vorranggebietes für Landwirtschaft wurde ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt, welches mit Bescheid vom 16.01.2025 (Az.: 1491 134 05/41) positiv für die Fläche entschieden wurde. Das Bebauungsplanverfahren für diesen Teilbereich wurde fortgeführt</p>	<p>und keine detaillierten Daten dargelegt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf nicht erfüllte Anforderungen aus der 3. Teilfortschreibung des RROP (Ziel 169 d) • Anmerkung, dass Flächen mit Ertragsmesszahl > 35 nicht als vereinbar mit den Zielen der Raumordnung gelten, das Plangebiet überschreite diesen Wert und wurde nicht als geeignete Potenzialfläche weiterverfolgt • Anmerkung, dass eine Befristung allein keinen „temporären“ Flächenentzug rechtfertige <p>Berücksichtigung: In den Bebauungsplan wurde eine bedingte Zulässigkeit aufgenommen, wonach die Errichtung/Inbetriebnahme der Agri-PV-Anlagen erst nach Vorlage eines landwirtschaftlichen Nutzungskonzeptes gemäß DIN SPEC 91434 zulässig ist. Die Festsetzungen zur Grünlandeinsaat und extensiven Bewirtschaftung wurden angepasst.</p>
<p>Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord - Regionalstelle Gewerbeaufsicht</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Stellungnahme 	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf bestehende immissionsschutzrechtliche Bedenken aufgrund der Nähe zu Wohnnutzungen mit schutzwürdigen Räumen (Abstand zwischen dem westlich gelegenen Wohnhaus und dem Sondergebiet beträgt nur ca. 10 m) • Hinweis, dass ein Blendgutachten erforderlich sei • Hinweis, dass bei festgestellten erheblichen Belästigungen geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte umzusetzen sind. Sollten solche Maßnahmen nicht möglich sein, dürfen die für die

		<p>Überschreitung relevanten Photovoltaikmodule nicht errichtet werden</p> <p>Berücksichtigung: Die Hinweise wurden in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</p>
Die AG/Westnetz GmbH	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf 20kV-Freileitung mit Schutzstreifen innerhalb des Geltungsbereiches • Hinweis, dass in dem 15 m breiten Leitungsschutzstreifen (7,5 m beiderseits der Leitungsmittellinie) von einer Bebauung abzusehen sei <p>Berücksichtigung: Der Verlauf der 20-kV-Freileitung und der zugehörige Schutzstreifen wurde aufgenommen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Stellungnahme
Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis auf Lage innerhalb eines Vorranggebietes Landwirtschaft • Anmerkung, dass die grundsätzliche Vereinbarkeit von Agri-PV mit dem Vorrang Landwirtschaft derzeit nicht unterstellt werden könne – Daher Nachweis über Vereinbarkeit oder Zielabweichungsverfahren erforderlich <p>Berücksichtigung: Es wurde ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt und mit Bescheid vom 16.01.2025 (Az.: 1491 134 05/41) positiv von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord für die Fläche entschieden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Stellungnahme
Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord - Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis, dass im Plangebiet der Mühlenbach (Gewässer III. Ordnung) verlaufe und der Gewässerentwicklungstreifen (mind. 10 m beidseitig) vollständig freizuhalten und der natürlichen Entwicklung zu überlassen sei • Empfehlung, die Flächen als Ausgleichsflächen in Gemeindeeigentum zu überführen • Hinweise u.a. auf Fördermöglichkeiten, die 	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweise zur Oberflächenwasserbewirtschaftung und Schmutzwasserbeseitigung • Hinweis, dass das Plangebiet gemäß den Sturzflutgefahrenkarten Rheinland-Pfalz bei Starkregenereignissen als potenziell gefährdet eingestuft ist und entsprechende Anforderungen an Planung und Bau zu berücksichtigen sind • Hinweis auf zwei private

	<p>Starkregengefährdungskarte und auf die Regelungen des § 31 LWG und § 68 WHG</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hinweis, dass die Breite des Gewässerrandstreifens fehle <p>Berücksichtigung: Der 10 m-Schutzstreifen entlang des Mühlenbaches wurde als von Bebauung freizuhaltende Fläche festgesetzt; der Gewässerrandstreifen wurde verbindlich aufgenommen und die Begründung ergänzt.</p>	<p>Wasserfassungen außerhalb des Plangebiets sowie die Empfehlung, bei Trinkwassernutzung im Umkreis von 100 m keine PFAS-beschichteten Solarmodule einzusetzen</p> <p>Berücksichtigung: Der ergänzende Hinweis wurde in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.</p>
--	---	---

3. Ergebnisse der geprüften alternativen Planungsmöglichkeiten und Begründung für die Auswahl der Fläche

In der Standortsuche wurden vorab EEG-förderfähige Alternativen auf zivilen und militärischen Konversionsflächen gem. Grundsatz G 166 LEP IV ausgeschlossen. Bislang stehen keine militärischen Konversionsflächen in Herrstein-Rhaunen zur Verfügung, da der „Truppenübungsplatz Baumholder“ auch innerhalb der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen noch in Betrieb ist. Zivile Konversionspotenziale mit hinreichender Größe für eine PV-FFA (ca. 0,5 ha) stehen aufgrund des strukturschwachen Charakters der Verbandsgemeinde nicht zur Verfügung.

Zwar sind die künftigen Bestimmungen der dritten Teilfortschreibung des RROP noch nicht abschließend festgelegt, es wurden jedoch künftige Vorbehaltsgebiete für PV-FFA öffentlich ausgelegt. Diese ca. 20 Standorte beginnen ab einer Flächengröße von 20 ha und sollen überschlägig für die hiesige Alternativenprüfung herangezogen werden.

- Standorte Kategorie A: Hohe Einsehbarkeit von umliegenden Siedlungsgebieten, (teilweise) Überlagerung mit Vorranggebiet für Landwirtschaft.
- Standorte Kategorie B: Hohe Einsehbarkeit von umliegenden Siedlungsgebieten.
- Standorte Kategorie C: überwiegende Lage in Vorranggebiet für Landwirtschaft.

Gleichzeitig liegen die künftigen Vorbehaltsgebiete für PV-FFA im Gegensatz zum Standort in Sien alle im Landschaftsschutzgebiet „Hochwald - Idarwald mit Randgebieten“ (LSG-7134-010), was insbesondere die Standorte der Kategorie C (Lage in Vorranggebiet für Landwirtschaft) vom favorisierten Standort in Sien unterscheidet.

In Verbindung mit der geringeren Fernwirksamkeit und Flächengröße (ca. 11,6 ha) und ohne Einwirkung auf ein Landschaftsschutzgebiet stellt sich der gewählte Standort als verträglicher heraus.

In der Planung für die Nutzung der 11,6 Hektar großen Fläche nahe der Hofstelle wird ein ausgewogener Ansatz verfolgt, der nach eingehender Variantenprüfung sowohl landwirtschaftliche als auch erneuerbare Energieinteressen berücksichtigt. Besonders hervorzuheben ist dabei die geplante Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage auf 70% des Geländes, um diesen Teilbereich doppelt nutzbar zu machen. Dieser Technologie-Ansatz ermöglicht es, das Grünland weiterhin effektiv landwirtschaftlich zu

nutzen, und entspricht den Anforderungen der DIN SPEC 91434, welche insbesondere Einbußen des landwirtschaftlichen Ertrags auf maximal 15% beschränkt. Die Nutzung als Agri-PV ist mit dem landwirtschaftlichen Vorranggebiet vereinbar, da sie die bisherige landwirtschaftliche Nutzung nicht wesentlich beeinträchtigt.

Der südöstliche Abschnitt von etwa 3,1 Hektar weist niedrige Bodenwertzahlen auf, was auf eine eingeschränkte landwirtschaftliche Nutzbarkeit hinweist. Diese Einschränkung ergibt sich vor allem aus der Hanglage und den Bodenbedingungen, die den landwirtschaftlichen Ertrag und die Bewirtschaftbarkeit mindern. Gleichzeitig bietet diese spezifische Fläche aufgrund ihrer Ausrichtung und Exposition ein besonders hohes Potenzial für Photovoltaik-Erträge. Diese Kombination von Faktoren – reduzierte landwirtschaftliche Eignung einerseits und hohes Solarenergiepotenzial andererseits – gebieten vernünftigerweise an dieser Stelle die Errichtung einer konventionellen PV-Anlage. Im Vergleich zu einer Agri-PV-Anlage, die eine Kombination aus landwirtschaftlicher Nutzung und Energiegewinnung darstellt, ist in diesem Fall die konventionelle PV-Anlage vorteilhafter, da die landwirtschaftliche Produktivität der Fläche ohnehin begrenzt ist. Zudem ermöglicht die konventionelle PV-Installation auf dieser speziellen Fläche eine effizientere Nutzung für die Energiegewinnung, während gleichzeitig die Möglichkeit bestehen bleibt, die Fläche – wenn auch in begrenztem Umfang – für die extensive Gewinnung von Futterpflanzen für die Milchviehhaltung zu nutzen. Dies schafft einen Ausgleich zwischen der Maximierung der Energieerzeugung und der Möglichkeit, auf dieser Fläche extensiv Futterpflanzen für die Milchviehhaltung zu gewinnen.

Zudem bleibt zu betonen, dass die gesamte Fläche von 11,6 Hektar seit Jahrzehnten ausschließlich für die Milchviehhaltung genutzt wird, Ackerbau ist nicht wirtschaftlich darstellbar. Dies unterstreicht die Synergien der Integration der Agri-PV-Technologie, die eine konfliktfreie Fortführung der bestehenden landwirtschaftlichen Nutzung ermöglicht und gleichzeitig erneuerbare Energien fördert. Insgesamt stellt das vorgeschlagene Konzept somit eine ausgewogene Lösung dar, die sowohl den landwirtschaftlichen Anforderungen als auch den Zielen der nachhaltigen Energiegewinnung gerecht wird.

Darüber hinaus soll die vorliegende Planung die südlich angrenzend geplante und 5,6 ha große Freiflächen-Photovoltaik-Anlage „Auf'm Mühlenberg“ ergänzen, um die zu errichtende Infrastruktur und Verkabelung besser auszulasten, sowie dadurch die Kosten für den Netzanschluss, die Installation und Wartung zu senken.

Aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses, sowie der Bedeutung für die öffentliche Sicherheit kommt erneuerbaren Energien in der Schutzgüterabwägung gem. § 2 EEG 2023 eine Vorrangstellung zu. Diese Bedeutung verdrängt das Gewicht potenziell raumordnerisch besser geeigneter, jedoch eigentumsrechtlich oder technisch nicht realisierbarer Standorte.

Weitere Standortalternativen ergaben sich aufgrund harter Kriterien, wie z.B. die Lage in naturschutz- bzw. wasserhaushaltsrechtlichen Schutzgebieten, der Flächenverfügbarkeit und der Erschließung zur Installation und für Wartungszwecke nicht. Zuletzt wurden stark einsehbare Standorte ausgeschlossen.